

## Beschluss (vorläufig) 5- Demokratie in der offenen Gesellschaft

Gremium: LDK Siegen  
Beschlussdatum: 10.12.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

### Text

1 Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich  
2 Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im  
3 Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein,  
4 heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen,  
5 kämpfen für globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen  
6 so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden  
7 und dabei gleich an Rechten und Würde.

8 Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit  
9 gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen  
10 über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen –  
11 deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der  
12 Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Wir werden noch viel mehr  
13 Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Und unser  
14 Wahlrecht modernisieren, damit möglichst alle Wählenden repräsentiert werden.  
15 Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der  
16 Bürger\*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung.

17 In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik  
18 Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und  
19 transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere  
20 Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt  
21 sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift  
22 tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen.  
23 Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist  
24 es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist  
25 so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser  
26 Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger\*innen im besten Sinne des Wortes zu  
27 Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der  
28 digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und der Datenschutz,  
29 Privatsphäre sowie Souveränität jeder Person auch im digitalen Raum respektiert  
30 und schützt..

31 Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander  
32 verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu  
33 gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen  
34 Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um  
35 Einwander\*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung  
36 reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns  
37 helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue  
38 Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf  
39 Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns  
40 selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen  
41 gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für

42 alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere  
43 Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

44 Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes  
45 Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle  
46 innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch  
47 in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer  
48 grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen.  
49 Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus  
50 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur  
51 Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso  
52 wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von  
53 Menschen, Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern  
54 weiterhin eine europäische Flucht- und Migrationspolitik, die das Recht auf  
55 Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht.

## 56 **Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus**

### 57 **Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs**

58 Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die  
59 von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern,  
60 weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger\*innen einfließen. Das ist  
61 gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen  
62 Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird  
63 gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer  
64 Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine\*n zentrale\*n  
65 Ansprechpartner\*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir  
66 stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir  
67 berufen Bürger\*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen  
68 aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger\*innenräte stark darin sind,  
69 konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ  
70 ausgewählte Bürger\*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten  
71 Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern  
72 wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender  
73 Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die  
74 Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung  
75 bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

### 76 **Versammlungsfreiheit schützen**

77 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung  
78 öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange  
79 gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für  
80 eine Sache einzusetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer  
81 Demokratie.

82 Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht und  
83 schützt. Es soll für jede\*n unbürokratisch möglich sein, Versammlungen  
84 anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Auch das Recht auf hör- und sichtbare  
85 Gegendemonstrationen schützen wir. Der Schutz der persönlichen Daten ist bei

86 Versammlungen von besonders großer Bedeutung. Eine Befugnis zur Anfertigung von  
87 Videoaufnahmen, die über das Versammlungsgesetz des Bundes hinausgeht, lehnen  
88 wir ab. Jegliche Form der Datenerhebung hat offen zu erfolgen. Wir orientieren  
89 uns an vielen anderen Ländern und wandeln – wo angemessen – Straftatbestände des  
90 Bundesgesetzes in Ordnungswidrigkeiten um, wie etwa beim Vermummungsverbot. Die  
91 von der Landesregierung betriebene Kriminalisierung der  
92 Klimagerechtigkeitsbewegung sowie antifaschistischer Demonstrationen lehnen wir  
93 ab.

#### 94 Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche

95 Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und  
96 Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre  
97 Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das aktive Wahlalter für die Landtagswahlen  
98 deshalb in einem ersten Schritt auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass  
99 alle politischen Akteure die Belange der Jugendlichen besser in den Blick  
100 nehmen. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter  
101 ggf. weiter absenken. Kinderrechte sind in der Landesverfassung verankert und  
102 müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen Jugendcheck werden wir die  
103 Gesetzesentwürfe darauf prüfen, wie sie das Leben von jungen Menschen  
104 beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen Beteiligungskonzepte verankert und  
105 verlässlich gelebt werden, sodass Kinder Demokratie von Beginn an erfahren und  
106 in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir  
107 der Jugend ein verbindliches Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den  
108 Gemeinden durch Gesetz verbindlich vorschreiben, für die Interessen von  
109 Jugendlichen besondere Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die  
110 bessere Einbindung in den demokratischen Prozess muss die Gemeinde die  
111 Interessen der Jugendlichen stärker wahrnehmen.

#### 112 Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

113 Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das  
114 Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen  
115 die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine  
116 gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische  
117 Ehrenamt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingunge so aus, dass jede\*r  
118 unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder individueller Lebenssituation sich  
119 aktiv am politischen Prozess beteiligen kann. Auch Bürger\*innen aus anderen EU-  
120 Staaten sollen das Recht bekommen, an Landtagswahlen teilzunehmen.  
121 Ausländer\*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit langem in NRW ihren  
122 Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht. Mehrstaatlichkeit  
123 wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Die von der Bundesregierung  
124 geplanten Erleichterungen im Staatsangehörigkeitsrecht, die  
125 Mehrfachstaatsangehörigkeit und erleichterte Einbürgerungen vorsehen, werden wir  
126 dafür nutzen, um offensiv für Einbürgerungen zu werben. Wer sich eine Meinung  
127 bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.  
128 Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein  
129 ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die  
130 sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen  
131 Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die  
132 Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

133 Wir wollen die Rechte des Kreistages gegenüber Landrat und Verwaltung stärken  
134 und vom Kreistag zu wählende Kreisbeigeordnete einführen.

### 135 Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

136 Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim  
137 Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in  
138 der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich  
139 dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der  
140 Bürger\*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement  
141 und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der  
142 Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von  
143 Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine  
144 entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW  
145 weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach  
146 engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder  
147 sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir  
148 ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für  
149 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst  
150 aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines  
151 freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige  
152 zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und  
153 Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler\*innen, Azubis und Studierende.

### 154 Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

155 Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der  
156 Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die  
157 Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie  
158 demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen  
159 sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter\*innen die technischen Möglichkeiten  
160 haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und  
161 Schulungen.

162 Viele Menschen, z.B. Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder  
163 Angehörige, die gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen  
164 zeitlichen Mehraufwand abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr  
165 Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der  
166 Kommunalpolitik mitmischen. Wir wollen auf kommunaler Ebene die Teilhabe  
167 stärken, sodass unter anderem Gremien wie Jugend-, Senioren-, Migrations- und  
168 Inklusionsbeiräte geschaffen werden. Mehr Personalmittel für hauptamtliche  
169 Unterstützung für die Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die  
170 Mandatsträger\*innen.

171 **Wir machen den Staat effektiv, transparent und**  
172 **bürger nah**

173 **Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft**

174 Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut  
175 ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der  
176 funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von  
177 allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca.  
178 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den  
179 harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen  
180 Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die  
181 Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für  
182 einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen.  
183 Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine  
184 flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen  
185 oder Auszeiten, zum Beispiel für Sorgearbeit, zu schaffen. Wir werden auch die  
186 Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und  
187 anpassen, damit der öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht  
188 zuletzt werden wir die Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn  
189 in unseren Behörden gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen  
190 zu überwinden und ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen – auch in  
191 Spitzenpositionen - zu garantieren. Dafür werden wir die Instrumente für eine  
192 gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen. Bausteine dazu sind:  
193 Mentoringprogramme, bereichsübergreifende Vernetzung, Jobsharing sowie das  
194 Führen in Teilzeit oder Teams.  
195 Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst verurteilen wir. Mit den  
196 Gewerkschaften und den Kommunen wollen wir mit geeigneten Mitteln – wie etwa  
197 baulichen Maßnahmen in Räumen mit Publikumsverkehr sowie Deeskalationstrainings  
198 - dafür sorgen, dass Angriffe und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen  
199 Dienst auf Landes- und kommunaler Ebene verhindert und besser verfolgt werden.

200 **Ein Staat, der funktioniert**

201 In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für  
202 unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele  
203 Bürger\*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik  
204 und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den  
205 bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen  
206 Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden  
207 bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein.  
208 Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen  
209 an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital  
210 gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen  
211 aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler  
212 Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht,  
213 auf dem jede Kommune sich gezwungen sieht, ihre eigene Lösung entwickeln zu  
214 müssen. Und wir nutzen die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um  
215 gleichzeitig moderne Arbeitsweisen einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft  
216 arbeitet vernetzt und in Teams, mit großer Transparenz, flexibel und mit flachen

217 Hierarchien. Diese Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen  
218 von „New Work“ und agilen Methoden ausprobieren. Wir schaffen  
219 Verwaltungskubatoren, in denen Behörden und ihre Mitarbeiter\*innen  
220 anspruchsvolle Projekte außerhalb der etablierten Strukturen zur Reife  
221 entwickeln können. So ermöglichen wir einen sanften und erfolgsversprechenden  
222 Übergang in den Betrieb und einen Kulturwandel in der Verwaltung..

### 223 Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise

224 Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die  
225 anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das  
226 verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigt und beeinträchtigt noch immer  
227 unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und  
228 Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere  
229 Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der  
230 Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und  
231 Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen  
232 Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der  
233 Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur  
234 der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen  
235 Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für  
236 den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann  
237 planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige  
238 Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima  
239 oder in Pandemien.

### 240 Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen

241 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich  
242 in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein  
243 verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den  
244 Landtag sowie einen umfassenden „legislativen Fußabdruck“ ein. Dieser macht  
245 transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die  
246 Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der  
247 Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein,  
248 dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.

249 Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie  
250 schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem  
251 Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten,  
252 sodass Parlamentarier\*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben  
253 müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die  
254 Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus  
255 verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24  
256 Monate.

257 Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower\*innen ein. Sie  
258 schützen die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des  
259 demokratischen Systems. Whistleblower\*innen brauchen Schutzklauseln im  
260 Dienstrecht, damit sie ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können.  
261 Hierfür schaffen wir eine unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds  
262 zur finanziellen Unterstützung von Whistleblower\*innen ein.

263 Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit  
264 verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt  
265 und Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und  
266 schaffen Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur  
267 Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die  
268 Einrichtung von Ombudsstellen.

## 269 Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und 270 Software

271 Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler\*innendaten, Stromnetze  
272 oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede  
273 Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards  
274 für IT- Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen  
275 gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des  
276 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die  
277 gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen  
278 im Bereich IT-Sicherheit.

279 Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage  
280 unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und  
281 erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich  
282 sein, etwa für Medien, Bürger\*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch  
283 innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am “Datenschatz” in Form  
284 von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen  
285 zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass  
286 staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter  
287 Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Wir stärken hierbei  
288 die Rechte der Bürgerinnen und Bürger für einen schnellen Informationszugang.  
289 Mit uns werden Open Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle  
290 öffentlichen Stellen vom Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

## 291 **Wir begreifen Vielfalt als Stärke**

### 292 Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten

293 NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio.  
294 Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte.  
295 Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über  
296 Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen,  
297 in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit  
298 verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil  
299 unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum  
300 und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen  
301 wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden. Wir wollen  
302 darüber hinaus die Geschichte der Migration als gesamtgesellschaftliche  
303 Geschichte von NRW stärken.

304 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben  
305 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb  
306 Mehrsprachigkeit fördern und ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft stärken,

307 internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und  
308 Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und  
309 einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation insbesondere in öffentlichen  
310 Institutionen ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden.

311 Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch  
312 breiter zu fassen und auch die deutsche sowie europäische Kolonialgeschichte und  
313 ihre Folgen bis hin zu wirtschaftlichen Verflechtungen bis in die Gegenwart  
314 systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl  
315 die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine  
316 Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in  
317 Stadt-Quartieren umfasst.

318 **Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz**  
319 **einführen und Antidiskriminierungsarbeit ausweiten**

320 Jeder Mensch ist unterschiedlich, das macht unser Zusammenleben interessant und  
321 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit  
322 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land  
323 sind aber immer noch nicht gleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen  
324 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres  
325 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer  
326 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder  
327 in der Freizeit. Oft werden Menschen aufgrund mehrerer Merkmale diskriminiert  
328 und manchmal führt eine Benachteiligung zu weiteren. Benachteiligungen gibt es  
329 in vielen alltäglichen Lebensbereichen, wie in der Schule, Ausbildung oder bei  
330 Behördengängen. Diskriminierung in Institutionen und Behörden findet dabei nicht  
331 unbedingt als absichtsvolle Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern  
332 hier spiegeln sich noch immer Stereotype und Vorurteile – bewusst oder unbewusst  
333 – wider. Diesen strukturellen Benachteiligungen werden wir mit mehreren  
334 Maßnahmen entgegenwirken.

335 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den  
336 Zuständigkeitsbereichen des Landes – wie etwa der Schule oder der Polizei – zu  
337 melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für  
338 Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir  
339 mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem  
340 Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht  
341 einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten  
342 lassen.

343 Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs-  
344 und Beratungsnetz für alle Formen von Diskriminierung. Die bisherigen  
345 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit wollen wir deshalb flächendeckend  
346 ausbauen. Eine Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen  
347 auf Landesebene und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über  
348 Diskriminierungsformen aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die  
349 Landesantidiskriminierungsstelle Diskriminierung und strukturelle  
350 Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig Handlungsempfehlungen für die  
351 Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.



## 352 Behörden der Zukunft: Partnerinnen der Vielfalt

353 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen  
354 Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige  
355 Ansprechpartner\*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass  
356 oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede\*n gleichermaßen  
357 zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

358 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW  
359 bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort  
360 zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher  
361 intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene  
362 Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität  
363 und Antidiskriminierung beinhalten und führen verpflichtende Fortbildungsmodule  
364 ein. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der Polizei und in Notdiensten bauen wir  
365 aus, egal, ob der Kontakt online, telefonisch oder persönlich erfolgt. Unser  
366 Ziel ist, dass öffentliche Einrichtungen für die soziale, kulturelle und  
367 geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft sensibilisiert sind und diese  
368 selbst abbilden. Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in  
369 den Behörden. Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in  
370 den Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können. Wenn Beschäftigte des  
371 Landes rechtsextremes und menschenverachtendes Handeln an den Tag legen, muss  
372 konsequent mit den Mitteln des Straf- und Disziplinarrechts dagegen vorgegangen  
373 werden.

## 374 Barrierefrei leben – Teilhabe ohne Schranken

375 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl  
376 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben  
377 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen  
378 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-  
379 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine  
380 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung werden wir auf Basis des  
381 weiterzuentwickelnden Aktionsplans konsequent voranbringen und gleichzeitig das  
382 Inklusionskataster und die Teilhabeberichterstattung ausbauen. Wir statten die  
383 Monitoringsstelle für die Behindertenrechtskonvention bedarfsgerecht aus und  
384 stärken die Unabhängigkeit der Landesbeauftragten für Inklusion und  
385 Patient\*innen. Mehr Teilhabe geht nur, wenn Menschen mit Assistenz- und  
386 Hilfsmittelbedarf schnelle und unbürokratische Hilfe erhalten. Wer eingeschränkt  
387 sehfähig oder im Rollstuhl unterwegs ist, sollte ohne große Umwege und ohne  
388 fremde Hilfe das Ziel erreichen können. Menschen, egal ob mit oder ohne  
389 Behinderung, sollen den Beruf erlernen oder in die Selbstständigkeit gehen  
390 können, für die sie sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum  
391 Beispiel ein politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein  
392 mitzuwirken, soll allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erleichtern  
393 wir Unternehmen und Ausbildungsbetrieben, ihre Pflicht tatsächlich zu erfüllen,  
394 Menschen mit Behinderung einzustellen und überzeugen sie von den Vorteilen. Wir  
395 planen Barrierefreiheit durch Änderungen im Bauwesen und der  
396 Quartiersentwicklung von Beginn an ein, wenn öffentliche Gebäude oder Wohnungen  
397 gebaut werden. Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in  
398 leichter Sprache, in Gebärdensprache, mit Untertiteln oder in Blindenschrift

399 barrierefrei und für alle Menschen leicht verständlich. Dabei berücksichtigen  
400 wir auch die besonderen Interessen von Menschen mit nicht-sichtbaren  
401 Behinderungen oder psychischen Erkrankungen. Wir tauschen uns im  
402 Inklusionsbeirat auf Augenhöhe mit Betroffenen aus und fördern die organisierten  
403 Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung stärker. Gemeinsam finden wir  
404 Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle auffindbar, zugänglich und  
405 nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

#### 406 Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz

407 Ob und was Schüler\*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es  
408 wichtig, dass jede\*r Schüler\*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl  
409 hat, am konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen oder nicht. Ab der  
410 ersten Klasse soll flächendeckend Praktischer Philosophieunterricht angeboten  
411 werden. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in  
412 bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir unterstützen den  
413 islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer Verfassung. Er leistet  
414 einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und Integration muslimischen  
415 Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische Ausbildung des Lehrpersonals  
416 in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt. Wir wollen die Stimmen  
417 liberaler Muslime in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken.  
418 Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören nicht in die Kommission.  
419 Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im Diskurs mit den  
420 Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach  
421 verankert ist – zu einem kooperativ-konfessionellen Unterricht weiterentwickeln,  
422 der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.

#### 423 Das Recht auf Religionsfreiheit schützen

424 Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags  
425 und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit,  
426 den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine  
427 Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte  
428 gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer  
429 Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft,  
430 sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für  
431 einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass  
432 Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem  
433 öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt  
434 insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften  
435 können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die  
436 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu  
437 NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber  
438 derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden  
439 muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer  
440 vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und  
441 Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarer machen  
442 und Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten  
443 werden wir uns konsequent entgegenstellen.

#### 444 Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

445 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für  
446 Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine  
447 gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen  
448 – etwa in den Bereichen Bildung, Kinder- und Jugendarbeit oder  
449 Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung wollen wir erhalten und wo  
450 nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst grundsätzlich weltanschaulich  
451 neutral handeln. Daher verbietet sich die "Ehrfurcht vor Gott" als allgemeines  
452 Bildungsziel. So plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an  
453 „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle Verbot von Kultur- und  
454 Tanzveranstaltungen überwindet, sofern sie keinen störenden Charakter haben.  
455 Außerdem wollen wir, dass Allen ein individueller Feiertag im Rahmen der  
456 bestehenden Urlaubsregelungen ermöglicht wird – sowohl in der Schule wie auch im  
457 Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen, die Kirchengabengebühr und mit  
458 dem Austritt einhergehende bürokratische Hürden abzuschaffen und im öffentlichen  
459 Dialog mit den Kirchen dem Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und  
460 die altrechtlichen Staatsleistungen abzulösen.

#### 461 Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung

##### 462 Die Hälfte der Macht den Frauen

463 Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns  
464 alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die  
465 Hälfte der Macht – im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in  
466 Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich  
467 mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür,  
468 dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr  
469 Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen.  
470 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen  
471 und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von  
472 Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung  
473 lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und  
474 Bedarfe von allen Geschlechtern bei allen politischen Entscheidungen  
475 berücksichtigt werden.

476 Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen,  
477 unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale  
478 Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind.  
479 Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer.  
480 Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente  
481 Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche  
482 Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die  
483 echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema  
484 Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender  
485 Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und  
486 wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

## 487 Frauen verdienen – Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

488 Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind  
489 wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich  
490 klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gleiche  
491 Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in allen Berufsfeldern. Die  
492 systemrelevanten Care-Berufe wie Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent  
493 von Frauen ausgeübt werden, sollen finanziell und strukturell aufgewertet  
494 werden. Und wir nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die  
495 wirtschaftliche Situation von Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser  
496 „unter einen Hut“ zu bekommen. Grundlage dafür ist die Qualität und Quantität  
497 von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita und Ganztagsbetreuung in den  
498 Schulen zu erhöhen.

## 499 Queeres Leben in NRW – selbstbestimmt und 500 diskriminierungsfrei

501 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle,  
502 trans\*, inter\*, nicht binäre und queere Menschen (LSBTIQ\*) mit und ohne  
503 Fluchtgeschichte in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können.  
504 Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die vielen CSDs und Pride  
505 Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft.  
506 Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu  
507 ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das  
508 Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in  
509 einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest. Wir stärken queeres Leben und die  
510 Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres  
511 Leben“ weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung  
512 durch Aufklärung, Bildung und Schutz, soll in allen Ministerien umgesetzt und  
513 als Querschnittsaufgabe dauerhaft verankert werden. Wir bauen das Angebot von  
514 niedrigschwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder- und  
515 Jugendarbeit, Senior\*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen  
516 aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir  
517 Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Wir unterstützen das  
518 vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der queeren Community und werden  
519 es auch langfristig finanziell besser unterstützen. Außerdem legen wir ein  
520 wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören  
521 fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ\*, die  
522 Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind und verpflichtende  
523 Fortbildungen in der Polizei zur Sensibilisierung zu LSBTIQ\*-Themen und  
524 Hassverbrechen.. Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer  
525 Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der  
526 Erinnerung schaffen.

## 527 Sexarbeiter\*innen verdienen unsere Unterstützung

528 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.  
529 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.  
530 Sexarbeiter\*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere  
531 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern

532 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die  
533 Sexarbeiter\*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg  
534 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in  
535 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.  
536 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre  
537 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins  
538 Leben rufen.

## 539 **Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair** 540 **für Geflüchtete**

### 541 **NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für** 542 **Geflüchtete**

543 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen  
544 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen  
545 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch  
546 immer ertrinken jedes Jahr Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Die  
547 europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die Festung  
548 Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und verschiedene  
549 Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement  
550 von zivilen Seenotretter\*innen. Sie springen dort ein und retten Menschenleben,  
551 wo die Institutionen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union versagen.  
552 Wir unterstützen die Pläne des Bundes, eine staatlich koordinierte und  
553 europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer einzurichten. Wir stehen an der  
554 Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen Sicheren  
555 Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese  
556 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie  
557 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit  
558 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns  
559 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem  
560 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

### 561 **Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral,** 562 **kommunal und humanitär**

563 Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von  
564 Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und  
565 Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei  
566 stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen  
567 wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir  
568 für gescheitert. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und  
569 isolierten Einrichtungen hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit  
570 genügend persönlichen Rückzugsorten. Denn gerade zu Beginn brauchen Menschen mit  
571 einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in geschützten Räumen, wo sie  
572 ankommen und sich sicher fühlen können. Wir schaffen Schutzräume für Frauen,  
573 Kinder und queere Geflüchtete. Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und  
574 andere zivile Akteure leisten bei der Beratung und Betreuung der Geflüchteten  
575 einen unerlässlichen Beitrag, den wir hoch schätzen und weiterhin stärken

576 wollen. Allerdings kann und darf die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit die  
577 staatliche Grundversorgung nicht ersetzen. Ebenso ist eine umfassende  
578 Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die  
579 helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln.  
580 Auch für psychische Beratungen, besonders für Mädchen und Frauen, wollen wir  
581 einen niedrigschwelligen Zugang schaffen. Geflüchteten Kindern, die in den  
582 Landesunterkünften untergebracht sind, werden wir den Zugang zum Unterricht in  
583 Regelschulen ermöglichen.

584 Eine gute Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im Schulterschluss  
585 mit den Kommunen. Wir wollen daher den Austausch zwischen den Kommunen, etwa den  
586 Kommunalen Integrationszentren und dem Land in diesem Bereich ausbauen und die  
587 Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam verbindliche Standards für  
588 Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die die individuellen Schutzbedürfnisse  
589 der Betroffenen beachten. Um die Kommunen hier zu unterstützen, erhöhen wir die  
590 Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen  
591 Asylbewerber\*innen und Geduldeten macht, sodass die Kosten für die Kommunen  
592 angemessen sind.

593 Integration von Anfang an ermöglichen und sichere  
594 Bleibeperspektiven schaffen

595 Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für  
596 alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der  
597 Bleibeperspektive. Sie schaffen für die Ankommenden die Basis für ein  
598 eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft. Der Verbleib in internationalen  
599 Förderklassen soll sich nach den individuellen Bedarfen richten und kann  
600 entsprechend verlängert werden. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen  
601 und erfolgreich abschließen können, bauen wir begleitende  
602 Kinderbetreuungsangebote aus. Als wichtige Partner wollen wir die kommunalen und  
603 zentralen Ausländerbehörden stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese  
604 neuen „Willkommensbehörden“ sollen Migrant\*innen, insbesondere Geflüchtete, bei  
605 ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration  
606 begleiten und fördern und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für  
607 Geduldete weitreichend nutzen. Dieses Modell setzt auf individuelle und aktive  
608 Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient\*innen. Wir setzen uns beim Bund  
609 dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt bleiben und besonders zu schützende  
610 Personengruppen wie Sinti\*innen und Rom\*innen, LSBTIQ\* und wegen Gewalt gefährdete  
611 Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und Kriegsregionen bewahrt  
612 werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden, aber gleichzeitig immer  
613 fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Die  
614 Anforderungen an Asylbewerber\*innen müssen sich immer am praktisch Leistbaren  
615 orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das  
616 letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft  
617 als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der  
618 Betroffenen geachtet werden. Perspektivisch setzen wir uns für die Abschaffung  
619 der Abschiebehaft ein. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts haben  
620 zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte dar.  
621 Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und Syrien,  
622 lehnen wir grundsätzlich ab.

## 623 **Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat**

### 624 **Justiz modernisieren und entlasten**

625 Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen schon jetzt mit Personalmangel.  
626 Unbesetzte Stellen in der IT gefährden die Digitalisierung der Justiz. In den  
627 nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter\*innen und  
628 Staatsanwält\*innen in Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren.  
629 Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen,  
630 die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Die  
631 Justiz muss zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, die Vielfalt der  
632 Bevölkerung in Ihren Reihen abzudecken - gerade auch in den Führungsebenen.  
633 Migrationsgeschichte oder eine Vielfaltsdimension darf kein Hindernis sein.  
634 Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren  
635 viel zu lang. Um die Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz  
636 neben einer Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die  
637 gesetzlichen Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand  
638 wegen Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir  
639 Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als  
640 nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-  
641 Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15  
642 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch  
643 ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den  
644 Jugendarrest, insbesondere den Freizeitarrrest, wollen wir auf den Prüfstand  
645 stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet.  
646 Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte  
647 Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der  
648 Verhältnismäßigkeit. Wir unterstützen zudem die geplante Verstetigung des Paktes  
649 für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern und die Erweiterung um einen  
650 Digitalpakt.

### 651 **Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen**

652 Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der  
653 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des  
654 Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen  
655 ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist  
656 derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von  
657 Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der  
658 Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen  
659 ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft  
660 Vermögenslose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt  
661 bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit  
662 gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren  
663 selbstreflektierenden Effekt haben.

### 664 **Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten**

665 Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit  
666 Straftäter\*innen umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten,

667 haben gute Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des  
668 Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt  
669 attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit  
670 einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu  
671 einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger  
672 Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt  
673 bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen,  
674 pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Die Freien  
675 Träger der Straffälligenhilfe sind wichtig für erfolgreiche Resozialisierung.  
676 Inhaftierte haben einen Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft  
677 baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.  
678 Zudem birgt er Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine  
679 Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige  
680 Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht.  
681 Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele  
682 erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu  
683 erleichtern. Damit Menschen seltener erneut straffällig werden, muss auch der  
684 persönliche Umgang mit Inhaftierten respektvoller werden. Zusätzlich braucht es  
685 Modellprojekte nach norwegischem Vorbild mit Vorbereitung und Unterstützung bei  
686 der privaten und beruflichen Wiedereingliederung.

## 687 Einfach an dein Recht kommen

688 Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass  
689 Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse  
690 nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv  
691 über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und  
692 Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.

693 Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken.  
694 So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“  
695 auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter\*innen und  
696 Staatsanwält\*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger\*innen über ihre Rechte und  
697 Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in  
698 Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.

699 Jede\*r Bürger\*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren.  
700 Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein  
701 muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem  
702 Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle  
703 Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion,  
704 Behinderung, Gender und LSBTQI\* um individuelle und strukturelle Barrieren  
705 abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger\*innen  
706 möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

## 707 Starkes Recht gegen Hass und Hetze

708 Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen  
709 Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu  
710 vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und  
711 diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann  
712 für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.



713 Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da  
714 rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für  
715 Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur  
716 Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung,  
717 eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut  
718 ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die  
719 sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und  
720 Ansprechstelle „Cybercrime“ in der Justiz sowie das Cybercrime Kompetenzzentrum  
721 bei Landeskriminalamt NRW im Bereich "Hate-Speech" ausbauen und speziell  
722 geschulte Ansprechpersonen für Betroffene bei der Staatsanwaltschaft und in der  
723 Polizei einsetzen.

## 724 **Wir sichern den Schutz vor Gewalt**

### 725 **Kinder besser schützen**

726 Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster  
727 und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter  
728 Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der  
729 Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu  
730 den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der  
731 staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen  
732 Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen  
733 und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die  
734 gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir  
735 stärken die bestehenden Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. So werden wir die  
736 alltagsstabilisierende Soforthilfen nach der Aufdeckung sexualisierter  
737 Gewalterfahrung und anderer Formen der Kindeswohlgefährdung ausbauen. Alle am  
738 Kinderschutz Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und  
739 Gesundheitswesen arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken  
740 zusammen. Die Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.

741 Wir richten die Stelle eines\*einer unabhängigen Landesbeauftragten für die  
742 Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Bei der Stelle der\*des  
743 Beauftragten soll ein Betroffenenrat angesiedelt sein, um Betroffene besser  
744 einzubeziehen. Zu den Aufgaben der\*des Beauftragten gehört auch die Aufarbeitung  
745 von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit, u.a. in  
746 der Kirche und in anderen gesellschaftlichen Institutionen. Wir stärken  
747 kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von  
748 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen und in der Polizei. Dort sollen auch  
749 Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür  
750 sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner\*innen zur Seite  
751 stehen.

### 752 **Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden** 753 **bekämpfen**

754 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung  
755 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende  
756 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und

757 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestrukturen werden wir durch langfristige  
758 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und  
759 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot  
760 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von  
761 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.  
762 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung  
763 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes  
764 Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen  
765 ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche  
766 Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans\* Frauen muss  
767 der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet  
768 werden.

769 Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer  
770 Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft  
771 Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie  
772 dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei  
773 Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten  
774 gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle  
775 Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

#### 776 Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

777 Wir werden die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
778 Männer weiterentwickeln und durch ein Monitoring zum Stand der Umsetzung von  
779 Gewaltschutzmaßnahmen in NRW ergänzen. . Damit setzen wir die Istanbul-  
780 Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt  
781 verschiedene Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der  
782 Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir  
783 ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln. Um  
784 innerfamiliäre Konflikte gar nicht erst eskalieren zu lassen braucht es  
785 präventive Täterarbeit. Diese wollen wir ausbauen.

786 Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und  
787 Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten,  
788 ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der  
789 bestehenden Frauenhilfestrukturen gehen. Die Interventionsstellen bei  
790 häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle  
791 Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

#### 792 Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen

793 Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen  
794 Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im  
795 anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den  
796 Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten  
797 darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die  
798 „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von  
799 Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung  
800 unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

801 **Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung**

802 Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig  
803 gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen.  
804 In einem neuen Opferschutzgesetz werden wir den Opferschutz stärken und dort,  
805 oder in einem eigenen Landesresozialisierungsgesetz, die Resozialisierung  
806 berücksichtigen. Außerdem werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die  
807 Freiheit besser organisieren, so dass ehemalige Straftäter\*innen nicht arbeits-  
808 oder obdachlos werden und die nötige Unterstützung erhalten, um gesellschaftlich  
809 Fuß zu fassen..

810 Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den  
811 Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative  
812 Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken.  
813 Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und  
814 Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten  
815 sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die  
816 Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die  
817 Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im  
818 Mittelpunkt.

819 **Wir stärken die Sicherheit und schützen**  
820 **Bürger\*innenrechte**

821 **Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger\*innenorientiert,**  
822 **professionell und gut ausgestattet**

823 Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der  
824 guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie  
825 gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet  
826 sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine  
827 bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen  
828 Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die  
829 Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Trotz der hohen  
830 Einstellungszahlen wollen wir eine hohe Qualifikation der  
831 Kommissaranwärter\*innen garantieren. Dazu müssen die Ausbildungsstätten  
832 (LAFP/HSPV) personell und sachlich weiter ausgebaut, die persönliche Betreuung  
833 während der Praktika gewährleistet und gleichzeitig die Qualitätsansprüche an  
834 die Kommissaranwärter\*innen gewahrt werden. Wir wollen für mehr Beamt\*innen im  
835 Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige sozialraumorientierte  
836 Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Sie sollen auf die  
837 Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie z.B. kommunalen Diensten,  
838 Beratungsstellen und Streetworker\*innen setzen. Damit leisten wir einen Beitrag  
839 zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger\*innen.  
840 Flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung, Software zur Erkennung  
841 biometrischer Merkmale und eine weitere Nutzung der Palantir-Software, ohne die  
842 Zustimmung der Landesdatenschutzbeauftragten und eine gesetzliche Grundlage,  
843 lehnen wir ab. Wir stehen für eine rationale, verhältnismäßige Innenpolitik  
844 anstatt Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stellen. Die  
845 Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wollen wir im Rahmen einer

846 Überwachungsgesamtrechnung fortlaufend überprüfen. Eine Ausstattung mit Tasern,  
847 außerhalb der Spezialkräfte, lehnen wir aufgrund der gesundheitlichen Gefahren,  
848 des hohen Fortbildungsbedarfes für die Beamt\*innen und der beschränkten  
849 Einsatzsituationen ab. Die begonnene Ausstattung des Wachdienstes mit Tasern  
850 werden wir rückgängig machen.

851 Angesichts der immer größeren Anforderungen beispielsweise in den Bereichen  
852 Kindesmissbrauch, Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität  
853 (Mafia) werden wir die Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung  
854 stärken. Dabei ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die  
855 gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der  
856 Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision  
857 verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte,  
858 beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen  
859 Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der  
860 Menschenrechtsbildung stärken wir weiter und führen verpflichtende Module hierzu  
861 ein. Wir streben die rechtssichere Einführung einer individualisierten und  
862 anonymisierten Kennzeichnung unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der  
863 Beamt\*innen an.

#### 864 Polizeirecht verfassungsfest ausgestalten

865 Polizei und Bürger\*innen brauchen einfach verständliche und verfassungsfeste  
866 Rechtsgrundlagen. Grundrechtseingriffe müssen auf das unbedingt Erforderliche  
867 beschränkt werden. Weitreichende, aber begrifflich unscharfe Eingriffsbefugnisse  
868 helfen auch den in schwierigen Situationen handelnden Polizeibeamt\*innen nicht.  
869 Deshalb wollen wir die Polizeirechtsverschärfungen aus dem Jahr 2018 korrigieren  
870 und die Polizeiarbeit damit auf eine effektive, aber grundrechtssensible Basis  
871 stellen. Präventive Freiheitseingriffe ohne eine konkrete Gefahrenlage lehnen  
872 wir ab. Vorbeugende Ingewahrsamnahmen wollen wir auf eine Dauer von 48 Stunden  
873 begrenzen und den Betroffenen einen Rechtsbeistand beordnen. Anlassunabhängige  
874 Kontrollen werden wir abschaffen; kontrollierte Personen sollen zukünftig eine  
875 schriftliche Bestätigung (sog. Kontrollquittung) erhalten, mit der sie die  
876 Begründung der Maßnahme später überprüfen lassen können.

#### 877 Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

878 Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte,  
879 Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die  
880 Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von  
881 Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer.  
882 Alle Rechtsextremismus-Verdachtsfälle müssen lückenlos aufgeklärt werden und der  
883 Entstehung menschenverachtender Einstellungen entgegengewirkt werden. Die  
884 Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der  
885 Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln.  
886 Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie  
887 Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum  
888 Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus und anderer menschenverachtende  
889 Einstellungen einführen und die Meldung von Hinweisen erleichtern.  
890 Führungskräfte müssen besser qualifiziert und sensibilisiert werden, damit sie  
891 Verdachtsfälle besser einschätzen und intervenieren können. Zusätzlich werden

892 wir eine wissenschaftliche Studie zu rassistischen und anderen  
893 menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW in Auftrag geben.

#### 894 Ein\*e unabhängige\*n Polizeibeauftragte\*n für NRW

895 Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die  
896 Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist  
897 auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im  
898 qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle  
899 Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower\*innen in der  
900 Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen  
901 können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die  
902 Stelle einer\*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln.  
903 Die Stelle soll sowohl für Bürger\*innen als auch für Polizeibeamt\*innen  
904 ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei  
905 unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen. Die\*der  
906 Polizeibeauftragte soll in einem multiprofessionellem Team arbeiten und  
907 Auskunfts-, Akteneinsichts-, Befragungs- und Betretungsrechte erhalten. Wir  
908 wollen überprüfen, wie straf- und disziplinarrechtliche Ermittlungsverfahren,  
909 z.B. bei Vorwürfen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder menschenverachtenden  
910 Äußerungen, verbessert werden können - im Interesse der Betroffenen und im Sinne  
911 der Polizei.

#### 912 Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

913 In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in  
914 Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen  
915 und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung.  
916 Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine  
917 Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen  
918 Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht  
919 leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der  
920 Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die  
921 Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser  
922 bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall  
923 in Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

#### 924 Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

925 Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können,  
926 reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese  
927 betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die  
928 Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei  
929 nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche Veränderungen  
930 von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht erfasst, ob die  
931 gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein Urteil erging. Wir  
932 wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf einer rationalen  
933 und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für einen  
934 periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer Wissenschaftler\*innen  
935 ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte Bestandsaufnahme der  
936 kriminalitätsbezogene Sicherheitslage erfolgen, die über die bloße Analyse der

937 Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken hinausgeht und  
938 Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die Sicherheitswahrnehmungen der  
939 Bürger\*innen einbezieht.

#### 940 Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

941 Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen  
942 Rechtsextremismus, Rassismus, insbesondere gegen Rom\*nja und Sinti\*zze,  
943 Musli\*innen, Schwarze Menschen und asiatisch gelesene Personen, und  
944 Antisemitismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft  
945 gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen Fördertopf unterstützen,  
946 aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse unbürokratisch Kleinstfördersummen  
947 beantragen können. Die Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus angefangen bei  
948 der Opferberatung, über die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur  
949 Aussteigerberatung werden wir finanziell deutlich stärken und dauerhaft  
950 absichern. Wir werden das kommunale Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere  
951 Kommunen ausweiten und das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus  
952 und Rassismus weiterentwickeln. Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus  
953 wollen wir mit einer eigenen Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der  
954 Gedenkstätten und anderer Träger der (historisch-)politischen Bildung ist ein  
955 wichtiger Beitrag für die Stärkung der demokratischen Kultur und die  
956 Sensibilisierung für die Gefahren des Rechtsextremismus. Um die politische  
957 Bildung in Nordrhein-Westfalen als wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung  
958 zu stärken, wollen wir die Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament  
959 ansiedeln und sie durch einen externen wissenschaftlichen sowie  
960 zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

#### 961 Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

962 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die  
963 Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr  
964 durch neue Tätertypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen  
965 Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die  
966 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.

967 Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist  
968 unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die  
969 Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich  
970 Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft  
971 einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild  
972 Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität  
973 und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir  
974 ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.

975 Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote  
976 notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, dass das Umfeld von  
977 Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut  
978 ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-Speech“  
979 schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus wollen  
980 wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.

981 Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten  
982 Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf  
983 deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch  
984 geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die  
985 Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

986 Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten  
987 Islamismus weiterentwickeln

988 Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine  
989 ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden  
990 müssen gewaltbareitem Islamismus konsequent entgegentreten, um mögliche weitere  
991 Anschläge zu verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den  
992 gewaltbereiten Salafismus und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
993 haben wir im Blick und möchten diese gemeinsam mit allen gesellschaftlich  
994 relevanten Akteur\*innen stärken und ausbauen. Das von uns angestoßene  
995 ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen  
996 Salafismus werden wir weiterentwickeln.

997 Den Verfassungsschutz neu ordnen

998 Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer freiheitlichen Demokratie und  
999 Gegner unserer vielfältigen Gesellschaft beobachten und dabei einen klaren Fokus  
1000 auf verfassungsfeindliche, gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern  
1001 seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Den Einsatz von besonders  
1002 grundrechtsproblematischen Befugnissen, wie Staatstrojanern zur Überwachung  
1003 elektronischer Geräte, die die IT-Sicherheit aller Bürger\*innen gefährden,  
1004 lehnen wir ab. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes fließen in die  
1005 Überwachungsgesamtrechnung ein. Nachrichtendienstliche Befugnisse, darunter  
1006 insbesondere den Einsatz von V-Leuten, werden wir auf ihre Verhältnismäßigkeit  
1007 überprüfen und auf das Nötigste begrenzen. Zur umfassenden Kontrolle des  
1008 Verfassungsschutzes richten wir die Stelle einer/eines ständigen  
1009 Sachverständigen beim Parlamentarischen Kontrollgremium ein, um das Gremium bei  
1010 der Kontrolle des Verfassungsschutzes, insbesondere bezüglich des Einsatzes von  
1011 V-Leuten, zu unterstützen. Zudem schaffen wir mehr Transparenz über die Arbeit  
1012 des Verfassungsschutzes, durch öffentliche Sitzungen des parlamentarischen  
1013 Kontrollgremiums des Landtags. Wir fördern die Gründung eines unabhängigen  
1014 Forschungsnetzwerks, zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und  
1015 Zusammenhängen von demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Dazu gehört  
1016 auch die Evaluation von Maßnahmen zur Prävention, Intervention und von  
1017 Aussteigerprogrammen, die vom Land angeboten oder gefördert werden. Sowohl der  
1018 Verfassungsschutz als auch das Forschungsnetzwerk informieren die Öffentlichkeit  
1019 und das Parlament über ihre Erkenntnisse und über aktuelle Entwicklungen  
1020 verfassungsfeindlicher und gewaltbereiter Gruppierungen und Phänomene, wie die  
1021 Verbreitung von Verschwörungsmithen.

1022 **Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der**  
1023 **Hochwasserkatastrophe lernen**

1024 Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir  
1025 Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich  
1026 gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten  
1027 Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer\*innen ist  
1028 unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst  
1029 werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das  
1030 tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.

1031 Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne  
1032 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die  
1033 Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte  
1034 unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement  
1035 Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf  
1036 Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir  
1037 verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden  
1038 effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Wir stärken die Koordination zwischen  
1039 Bund, Ländern und Hilfsorganisationen, um auf europäischer Ebene einen  
1040 effektiven grenzübergreifenden Katastrophenschutz zu erreichen. Im  
1041 Katastrophenfall müssen Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle  
1042 Menschen erreichen und für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar  
1043 sind. Gemeinsam mit den Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden  
1044 wir die Selbsthilfefähigkeit der Bürger\*innen stärken.

1045 Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das  
1046 Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu  
1047 Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den  
1048 Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene  
1049 Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen,  
1050 beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen  
1051 Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und  
1052 Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden,  
1053 wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

1054 **Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt**  
1055 **stärken**

1056 Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist  
1057 unverzichtbar. Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der  
1058 anerkannten Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von  
1059 Beruf, Familie und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und  
1060 Katastrophenschutz ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter  
1061 ausbauen, beispielsweise auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer  
1062 einen Führerschein für Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der  
1063 Gesellschaft und bekommt deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir  
1064 werden außerdem eine Feuerwehrrente nach dem Thüringer Modell prüfen.

1065 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei  
1066 Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der  
1067 Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.



1068 Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im  
1069 Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei  
1070 den Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die  
1071 Brandschutzerziehung und die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter  
1072 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen  
1073 werden wir ausweiten.

## 1074 **Wir fördern Kultur, Medien und Sport**

### 1075 **Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung**

1076 Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte  
1077 verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur  
1078 und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer  
1079 Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel  
1080 vor. Wir Grüne stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige  
1081 Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft  
1082 Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Wir Grüne setzen uns auch  
1083 künftig für eine deutliche Erhöhung der Kulturförderung im Land ein. Dabei  
1084 werden wir neben den „etablierten“ Kunstformen auch weiterhin die freie  
1085 Kunstszene und Soziokultur fest im Blick haben. Unser Ziel ist, dass die NRW-  
1086 Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und  
1087 vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler\*innen, Bühnentechniker\*innen, Bühnen  
1088 und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen  
1089 der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine  
1090 bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der  
1091 Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur  
1092 vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und  
1093 machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen  
1094 vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf,  
1095 dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser  
1096 zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs- und  
1097 Zuständigkeitswirrwarr verpufft.

### 1098 **Kulturschaffende und Künstler\*innen besser absichern**

1099 Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die  
1100 Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur-  
1101 und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen,  
1102 verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter  
1103 abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert  
1104 sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler\*innen zum Ziel haben.  
1105 Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die  
1106 Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer  
1107 dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für  
1108 öffentliche Theater für Solo-Beschäftigte auf und hinter der Bühne verbessern  
1109 wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler\*innen.

1110 Mehr Raum für Kultur

1111 Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs- und Freiräumen – und zwar am  
 1112 besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen  
 1113 und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit  
 1114 lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung  
 1115 leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von  
 1116 Versicherungen. Wir unterstützen die Kommunen finanziell in der Organisation von  
 1117 Reallaboren, in denen Visionen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen  
 1118 entwickelt werden. Um NRW als Standort der Kunst und Kulturproduktion zu stärken  
 1119 fördern wir Produktionsräume für die Kunst, die gemeinsam und kostengünstig  
 1120 genutzt werden können. Nach dem Konzept des „Werkkunsthaus NRW“ und dem Vorbild  
 1121 der Werkstätten des Kulturwerks des Berufsverband Bildender Künstler\*innen  
 1122 Berlin werden wir flexibel nutzbare Werkstätten schaffen, um Künstler\*innen eine  
 1123 bessere Infrastruktur für ihre Produktion zur Verfügung zu stellen. Auch  
 1124 Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen sich für solche  
 1125 kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir den Weg frei. Wir  
 1126 werden NRW Urban und den Bau - und Liegenschaftsbetrieb NRW dafür in die Pflicht  
 1127 nehmen, mit den Kommunen zu kooperieren. Wir passen die Anforderungen zum  
 1128 Lärmschutz so an, dass zwischen dem berechtigten Ruheinteresse von  
 1129 Anwohner\*innen und den Anforderungen an lebendige Kulturräume ein fairer  
 1130 Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch rechtlich als kulturelle Orte  
 1131 anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in NRW dafür sorgen, dass dies  
 1132 rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor Verdrängung geschützt  
 1133 werden.

1134 Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern

1135 Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer  
 1136 früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich  
 1137 sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser  
 1138 zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das  
 1139 menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in  
 1140 NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder  
 1141 auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern  
 1142 weiterentwickeln. Wir werden die Förderangebote bedarfsgerecht, bürokratie- und  
 1143 barriereärmer gestalten. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder  
 1144 stärken, Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum  
 1145 schulischen Kanon kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche  
 1146 Überlegungen wie ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für  
 1147 Schulklassen“ sowie insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an  
 1148 Kultur und Kunst in NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier  
 1149 wollen wir entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle  
 1150 zwischen Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt  
 1151 gefördert werden. Wir werden einen Kulturpass für Jugendliche und junge  
 1152 Erwachsene erproben, wie es beispielsweise in Frankreich bereits praktiziert  
 1153 wird.

## 1154 Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen

1155 Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir  
1156 alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu  
1157 halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere  
1158 gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige  
1159 Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede  
1160 Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-  
1161 Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle  
1162 Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der  
1163 Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue  
1164 Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten  
1165 auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der  
1166 Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Wir setzen uns weiterhin für den Ausbau und  
1167 die Weiterentwicklung der Gedenkstätte STALAG 326 in Schloss Holte-Stukenbrock  
1168 ein. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die einen Schlussstrich unter das  
1169 Gedenken setzen wollen, stellen wir uns entschieden entgegen.

## 1170 Denkmalschutz in Nordrhein-Westfalen stärken - 1171 baukulturelles Erbe erhalten

1172 Denkmäler zu schützen heißt, unsere kulturelle Identität zu schützen und zu  
1173 bewahren. Es bedeutet gleichermaßen Geschichte und Zeitgeist an authentischen  
1174 Orten der Erinnerung lebendig zu halten. Der Schutz und die Pflege des  
1175 kulturellen Erbes in der Bundesrepublik Deutschland ist ein länderübergreifender  
1176 gesellschaftlicher Auftrag, den wir Grüne in NRW stärken wollen. Mit dem  
1177 geplanten Denkmalschutzgesetz der schwarz-gelben Landesregierung droht dieser  
1178 Schutz zu bröckeln und macht insbesondere die Baudenkmäler zum Spielball  
1179 politischer und wirtschaftlicher Interessen. Wir Grüne wollen deshalb die  
1180 Stellung der bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Denkmalfachämter für  
1181 Baudenkmalpflege mit ihrer fachlichen Expertise erhalten und die bewährte  
1182 Zusammenarbeit zwischen den unteren Denkmalbehörden und den Fachämtern belassen.  
1183 Gleichzeitig gilt es in intelligenter Weise, ökologisches und klimagerechtes  
1184 Bauen mit dem Denkmalschutz zu vereinbaren. Hierzu wollen wir in einen Dialog  
1185 mit den Fachverbänden und Denkmalschutzbehörden eintreten.

## 1186 Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen

1187 Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in  
1188 den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit  
1189 uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur  
1190 finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen,  
1191 die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen –  
1192 etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler\*innen oder Leitungspositionen  
1193 oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum  
1194 Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum  
1195 überkommenen, stark hierarchischen Intendanten-Modell, sollen nicht die Ausnahme,  
1196 sondern die Regel werden. Machtmissbrauch und Diskriminierung in kulturellen  
1197 Institutionen muss entgegengewirkt und die Mitwirkung und künstlerische Freiheit

1198 der Künstler\*innen gestärkt werden. Durch die Förderung von Modellprojekten  
1199 regen wir die Entwicklung neuer kollektiver und partizipativer Strukturen an.

1200 Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.  
1201 Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum  
1202 anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer  
1203 Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und  
1204 Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir  
1205 unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture  
1206 Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

## 1207 Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle

1208 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch  
1209 um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist\*innen, die  
1210 unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges  
1211 Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem  
1212 pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen  
1213 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen  
1214 zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen  
1215 populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab.  
1216 Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft  
1217 weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene  
1218 Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei  
1219 Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und  
1220 Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche  
1221 Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass  
1222 die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen  
1223 weiterentwickelt werden.

## 1224 Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus

1225 Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in  
1226 denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.  
1227 Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und  
1228 Radiostationen. Damit sich keine „Informationswüsten“ ohne unabhängige  
1229 Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir  
1230 die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame  
1231 Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen  
1232 Journalismus Rückenwind, so dass Bürger\*innenmedienvereine und  
1233 Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren  
1234 können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht,  
1235 sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu  
1236 erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke  
1237 Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute  
1238 Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden. Wir unterstützen die Forderung  
1239 der Landesmedienanstalten nach einem Update des Medienkonzentrationsrechts, das  
1240 zukünftig alle relevanten Mediengattungen und -märkte - insbesondere auch auf  
1241 dem Feld der digitalen Medien - in den Blick nehmen muss.

## 1242 Medienkompetenz für alle – gegen Fake News

1243 Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und  
1244 Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf  
1245 unsere freie Gesellschaft und kann Menschenleben kosten, wie wir in dieser  
1246 Pandemie erleben. Gerade das Internet und die sozialen Medien beinhalten beides  
1247 und bedürfen stärkerer Selbstkontrolle und Regulierung. Deshalb ist es so  
1248 wichtig, dass alle Bürger\*innen in NRW lernen, kompetent mit Informationen und  
1249 Medien umzugehen – von klein auf, bis ins hohe Alter. Wir unterstützen  
1250 Bürger\*innenmedien-Kompetenzprojekte, die Bürger\*innen und insbesondere auch  
1251 Schüler\*innen in NRW befähigen, Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu  
1252 kontern und selbst als Faktenchecker\*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des  
1253 2020 neu gegründeten „Landesverbandes Bürger\*innenmedien NRW“ unterstützen wir.  
1254 Dabei richten wir unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern  
1255 auch auf internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische,  
1256 autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische  
1257 oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.  
1258 Demokratiefeindlichen, desinformierenden und hetzerischen Inhalten schieben wir  
1259 einen Riegel vor. Wir fördern Medienkompetenz und Faktenchecks. Das Recht auf  
1260 Gegendarstellung wollen wir ausweiten, eine konsequente Strafverfolgung  
1261 sicherstellen und unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisieren und  
1262 ausstatten. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche Wiederausweitung des  
1263 mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige Medienangebote auch  
1264 alle Menschen in NRW erreichen.

## 1265 Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern

1266 NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger  
1267 Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer  
1268 bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung  
1269 mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Medien Netzwerk  
1270 NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote  
1271 wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das  
1272 „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor  
1273 ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die  
1274 Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit  
1275 den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine  
1276 effektive Popkulturförderung in NRW etablieren. Wir wollen das fotografische  
1277 Erbe in größtmöglicher Vielfalt erfassen, erforschen und bewahren. Wir  
1278 unterstützen daher die Initiative des Bundes ein Deutsches Fotoinstitut in NRW  
1279 anzusiedeln.

## 1280 Sport für alle in nächster Umgebung

1281 Mit seinen vielen ehrenamtlich Engagierten ist der organisierte Sport  
1282 wortwörtlich die größte Bürger\*innenbewegung in NRW, die Werte einer offenen und  
1283 solidarischen Gesellschaft vermittelt und jüngeren Menschen vorlebt. Fairness,  
1284 Respekt, Teamgeist und Vielfalt stehen dabei im Vordergrund. Auch jenseits von  
1285 Vereinen und Verbänden finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu  
1286 treiben und in Bewegung zu bleiben. Deshalb werden wir Bewegungsmöglichkeiten  
1287 für alle Generationen in die Wohnumgebung integrieren. Frei zugängliche

1288 Sportmöglichkeiten erfreuen sich großer Beliebtheit, fördern das Zusammenleben  
1289 in den Quartieren und stärken die Gesundheit. Deshalb werden wir das Thema  
1290 „Bewegungs- und Sportflächen in Quartieren“ in zukünftigen Städtebauprogrammen  
1291 des Landes als Förderkriterium mit aufnehmen. Das Miteinander im Sport, das  
1292 gemeinsame Bewegen, die vielfältige Bildungsfunktion gerade des organisierten  
1293 Sports und die aktivierende Förderung von Bewegung braucht aber neben der  
1294 nahegelegenen Infrastruktur Menschen, die - vielfach ehrenamtlich - anderen und  
1295 der Gesellschaft den Sport erst ermöglichen. Wir schätzen und wissen um die  
1296 existenzielle Bedeutung von Trainer\*innen, Übungsleiter\*innen,  
1297 Vereinsverantwortlichen oder Stadtteilakteuren. Gerade in der Post-Corona-Zeit  
1298 wollen wir mit Kampagnen und Maßnahmen auch in Abstimmung mit dem organisierten  
1299 Sport und seinen Bildungswerken dieses Engagement neu beleben, denn auch die  
1300 beste Sportstätte braucht Übungsleiter\*innen für Bewegungsangebote.

### 1301 Sport braucht eine intakte und nachhaltige Infrastruktur

1302 Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. In den Vereinen, auf  
1303 Sportplätzen, in Hallen und Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener  
1304 Herkunft, unterschiedlichsten Alters und unterschiedlichster Lebenserfahrungen  
1305 zusammen. Sport hält uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne  
1306 unterstützen deshalb den Sport im Land aus voller Überzeugung. Viele  
1307 vereinseigene Sportstätten werden zurzeit durch das Programm „Gute Sportstätten  
1308 2022“ instandgesetzt. Den Erfolg des Programms werden wir evaluieren und das  
1309 Programm weiterentwickeln. Auch die finanzielle Unterstützung der Kommunen für  
1310 den nachhaltigen und klimagerechten Umbau der Sportstätten jeglicher Art (auch  
1311 jenseits der Norm) muss gewährleistet werden. So bedarf es im Bereich der  
1312 Kunstrasenplätze plastikfreier Alternativen, im Bereich der Quartiersentwicklung  
1313 auch der Umnutzung von früher anderweitig genutzten Flächen. Wir setzen uns  
1314 insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den  
1315 Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind  
1316 bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.

### 1317 Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle 1318 profitieren

1319 Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element  
1320 an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von  
1321 solchen Events. Um ihre Akzeptanz zu fördern sollen sie in Nordrhein-Westfalen  
1322 unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung  
1323 der Bürger\*innen in Zukunft begleitet und vorangetrieben werden.

1324 Sport und Bewegung leisten wichtige Beiträge zur gesundheitlichen Prävention.  
1325 Wir werden den Präventionsgedanken noch stärker in die Sportförderung  
1326 integrieren. Prävention und Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle,  
1327 aber insbesondere auch für ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der  
1328 guten, eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien  
1329 transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von  
1330 Sportler\*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen.  
1331 Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz  
1332 mit allen wichtigen Sportakteur\*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit  
1333 einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit

1334 haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

1335

1336 Wir stärken den Kampf gegen physische, psychische und sexualisierte Gewalt und  
1337 entwickeln das Programm ‚Schweigen schützt die Falschen‘ gemeinsam mit dem  
1338 Landessportbund weiter. Wir bauen darüber hinaus eine unabhängige Anlaufstelle  
1339 auf.

#### 1340 Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen

1341 Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein,  
1342 Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an  
1343 dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige  
1344 Dialogformate und Fan-Hearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen  
1345 Beteiligten verbessern und das Engagement gegen Gewalt, Diskriminierung,  
1346 Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei ausdrücklich darauf, die  
1347 organisierte Fanszene als aktiven Teil der Zivilgesellschaft einzubeziehen.  
1348 Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze“, die  
1349 Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu  
1350 den Gesprächspartner\*innen.

1351 Wir unterstützen Gaming-Kultur und eSport. Wir setzen uns dafür ein, dass  
1352 eSport-Vereine als gemeinnützig anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung  
1353 zwischen beiden Welten zu fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von  
1354 eSport und klassischem Sport. Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen  
1355 Fußball die Themen Rassismus und Vielfalt, machen wir auch beim eSport  
1356 gesellschaftliche Themen zum Gegenstand von Förderung und Austausch.

#### 1357 **Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt**

##### 1358 NRW vernetzt Europa – global denken, lokal handeln

1359 NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas und profitiert  
1360 als starke Wirtschaftsregion von der europäischen Integration. Wir sind  
1361 überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des  
1362 Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders  
1363 zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner\*innen. Wir streben die  
1364 Schaffung einer europäischen föderalen Republik an. Mit diesem Ziel unterstützen  
1365 wir aktiv die Konferenz zur Zukunft Europas.

1366 Wir gründen eine Europa-Stiftung, die die europäischen Werte und die  
1367 unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und  
1368 außerschulischen Bildung fördert. Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und  
1369 Ansprechstelle für die zahlreichen dezentralen Angebote in NRW. Indem die  
1370 Stiftung ebenfalls den europaweiten Austausch zwischen Kommunen und Regionen  
1371 stärkt, erneuert sie den europäischen Zusammenhalt und macht die  
1372 Errungenschaften der Europäischen Union für die Bürger\*innen vor Ort erlebbar.  
1373 Auch die EU-Programme Erasmus+ und Horizon Europe wollen wir so umsetzen, dass  
1374 sie möglichst viele erreichen. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der  
1375 Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein, wollen weitere  
1376 Austritte nach dem Brexit verhindern und halten entschieden gegen  
1377 antidemokratische Angriffe.

## 1378 Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz

1379 Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein  
1380 Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer\*innenrechte und  
1381 Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische  
1382 Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021  
1383 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD  
1384 haben ein Gesetz beschlossen, das zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die  
1385 Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen  
1386 werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt,  
1387 werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues  
1388 Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien  
1389 ausrichten. Darüber hinaus werden wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung  
1390 einer nachhaltigen Beschaffung unterstützen. Städte und Gemeinden unterstützen  
1391 wir auf Wunsch bei Ausschreibungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Tariftreue und  
1392 sozialen Kriterien. Pilotkommunen sollen ihr Wissen an andere weitergeben  
1393 können.

## 1394 NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und 1395 global

1396 Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir  
1397 setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-  
1398 Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren  
1399 und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen  
1400 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der  
1401 Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards  
1402 eingehalten werden. Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren  
1403 Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW  
1404 vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen und möglichst vor 2040  
1405 klimaneutral werden. Grundlage dafür ist auch ein fairer und nachhaltiger  
1406 Handel. Die Handelsabkommen CETA und Mercosur lehnen wir deshalb in ihrer  
1407 jetzigen Form ab. Unser Ziel muss sein, unseren Kindern einen Planeten zu  
1408 hinterlassen, der lebenswert ist.

1409 Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein  
1410 wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie  
1411 einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf  
1412 geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign  
1413 und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir  
1414 gemeinsam mit Branchenvertreter\*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der  
1415 Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die  
1416 Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können  
1417 dafür den geeigneten Rahmen bilden.

## 1418 Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken

1419 Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den  
1420 globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner\*innen dort Projekte auf.  
1421 Immer mehr Verbraucher\*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle  
1422 leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen



1423 Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als  
1424 Dachverband entwicklungspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW  
1425 sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert  
1426 eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden  
1427 Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm  
1428 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen,  
1429 um mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit  
1430 den beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir  
1431 fördern globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft  
1432 und Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei der beiderseitige  
1433 Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler\*innen und  
1434 Auszubildenden.

### 1435 Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

1436 Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren  
1437 Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in  
1438 der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren  
1439 Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele,  
1440 Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und  
1441 zukünftiger Städtepartnerschaften macht.

1442 Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“,  
1443 die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius  
1444 begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle  
1445 spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen  
1446 zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische  
1447 und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen.  
1448 Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen,  
1449 Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen  
1450 Ansprechpartner\*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen,  
1451 schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie  
1452 bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel  
1453 für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur  
1454 Verfügung.

### 1455 NRW als Standort für Internationales verankern

1456 NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und  
1457 Eine-Welt-Politik. Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz und werden diesen  
1458 besonderen Standort mit einer vertraglichen Zusatzvereinbarung weiter  
1459 unterstützen. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu  
1460 kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und  
1461 Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist  
1462 ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
1463 und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der  
1464 „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International  
1465 Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft,  
1466 internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der  
1467 Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und

1468 Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien,  
1469 und Demokratisierungsprozesse etablieren.

#### 1470 NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt

1471 Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die  
1472 Rechte seiner Bürger\*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich  
1473 klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und  
1474 Menschenrechtsverteidiger\*innen, Frauen, LBTTIQ, Menschen mit Behinderung,  
1475 Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von  
1476 Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer  
1477 Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer  
1478 Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.

1479 Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre  
1480 Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag  
1481 verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen  
1482 Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die  
1483 Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und  
1484 andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir  
1485 auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von  
1486 Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.